

kompanie 6/9 in Nagold 1963 und anlässlich des Alarm-Berichtes des damaligen Wehrbeauftragten Heye in einer Illustrierten 1964.

Am Fall Nagold wird untersucht:

- »1. Wie reagierte die Bundeswehrführung auf das Bekanntwerden?
2. In welchem Zusammenhang steht Nagold mit dem Stand der Diskussion und der Verwirklichung der Inneren Führung?
3. In welcher Richtung verlief die öffentliche Diskussion der Vorfälle?« (S. 87).

In der Schlußbetrachtung über die öffentliche Kritik und Würdigung der Vorfälle in Nagold zieht der Autor folgende Bilanz: »Bundeswehr und Öffentlichkeit hatten sich entfremdet. Allerdings ergaben sich daraus keineswegs die scheinbar logischen Folgen: die Öffentlichkeit wurde nicht wachsamer, kritischer; innerhalb der Bundeswehr selbst verstärkte sich eine ›Trotz-Einstellung‹.« (S. 93).

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Wehrbeauftragten Heye wird vom Autor nach dem gleichen System untersucht. Dabei spricht er von einem »Fall« Heye, bei dem Nagold bereits ein vorgeschaltetes Symptom für den Verfall der Konzeption der Inneren Führung darstellt. Eine Funktionsanalyse des Deutschen Wehrbeauftragten im Parlamentarismus sowie ein Abriss der Jahresberichte der ersten drei Wehrbeauftragten schließen sich an. Der Fall Heye wird in seiner öffentlichen Darstellung im »Dreierverhältnis Staatsbürger/Staatsbürger in Uniform/Staatsführung« untersucht. Die Bilanzierung dieser Fallstudie sieht der Autor u. a. folgendermaßen: »Der Bundestag hat sich um die Argumente seines Hilfsorgans nicht gekümmert« (S. 109). Soweit die Legislative; und der Gesellschaft weist er nach, daß »die Bürger [zwar] sahen, wie Öffentlichkeit okkupiert wurde, aber sie wehrten sich nur schwach dagegen.« (S. 135).

Eine Therapie für die Kritikempfindlichkeit des Militärs und seines ständigen Versuchtseins, Indoktrinationsmaterial statt sachliche Informationen zu liefern, sieht der Autor zum einen in einer Überprüfung seiner drei Mechanismen zur »Verteufelung der Kritik« von seiten der Bundeswehr. Dabei handelt es sich um »die enge Gemeinschaft«, »den bösen Gegner« und »Volksgemeinschaft statt Kritik«. Zum anderen bringt er in seiner Schlußbetrachtung zwölf »Thesen zur kritischen Öffentlichkeit«, deren Inhalt auch auf die Bundeswehr Konsequenz haben und deren Reflexion eine Integration des Militärs in die kritische Öffentlichkeit gewährleisten könnten.

Dieses Buch sollte nicht nur bei Militärsoziologen und Politikwissenschaftlern Interesse finden; es gehört gleichermaßen in die Hände aller Presse- und Jugendoffiziere sowie in den Presse- und Informationsstab des Verteidigungsministeriums.

Wulf-Eberhard Liebau

Heribert Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 1), Verlag A. Hain, Meisenheim 1970, 259 S., kart., 39,80 DM.

Die Literatur zum Parlamentarismus der BRD leidet bisher an dem Mangel empirischer Forschungen. Heribert Schatz hat mit seiner Untersuchung der Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im 4. Deutschen Bundestag (1961 – 1965) einen wichtigen Beitrag zum parlamentarischen Entscheidungsprozeß und damit zur Rolle des westdeutschen Parlamentes im politischen System der Bundesrepublik vorgelegt.

Er bedient sich bei seiner Analyse des Instrumentariums der strukturell-funktionalen Systemtheorie und des Kybernetikansatzes von Karl W. Deutsch. Der Verfasser begreift den Verteidigungsausschuß des Bundestages als Teil des politischen Systems, der sich im Kontext des gesamtgesellschaftlichen Systems als ein ausdifferenziertes Subsystem mit verfassungsmäßig formalisierten und informellen Interaktionsmustern darstellt. Der Interaktionsprozeß im politischen System sorgt für eine verbindliche Verteilung von materiellen und immateriellen Werten, für die ein gesellschaftlicher Bedarf artikuliert wird. Der Bundestag ist ein Führungsorgan, das Entscheidungen zu finden und deren Vollzug zu kontrollieren hat. Die Analyse des Entscheidungsprozesses wird von Schatz mit Hilfe kybernetischer Theorieelemente vorgenommen. Er untersucht einmal die Wahrnehmung und Formulierung dieser Aufgaben und die Bedingungen ihrer Erfüllung durch die Mitglieder des Verteidigungsausschusses, zum anderen wendet er sich der Rückwirkung auf den Informationsfluß zwischen den Rollenträgern der Führungsorgane und der »Umwelt« auf die jeweiligen Entscheidungen zu (S. 2).

Der Autor stützt sich bei der Ermittlung der empirischen Befunde für die Systemanalyse des Bundestages auf Erhebungen, die in Form einer Befragung von 80 Abgeordneten an Hand eines Fragebogens im Sommer 1964 durchgeführt wurde. Von den 54 ordentlichen bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Verteidigungsausschusses, die als »Fachleute« (S. 3) angesehen werden, ließen sich 46 zusätzlich interviewen. Der Versuch, dieser Gruppe eine Kontrollgruppe aus den übrigen Abgeordneten des Bundestages gegenüberzustellen, scheiterte, da sich von den 75 ausgewählten Parlamentariern nur 34 zu einem Interview bereit erklärten (S. 3). Daneben wurden vor allem die Stenographischen Berichte, Materialien und Drucksachen des Bundestages sowie Protokolle der Ausschüsse verwandt. Die Ausfälle bei der Kontrollgruppe erweitern den Fehlerbereich der Ergebnisse, was einschränkenden Charakter für die Interpretation und die vorgelegten Ergebnisse hat.

In Anlehnung an den strukturell-funktionalen Ansatz untersucht der Autor im ersten Kapitel die Aufgaben des Bundestages auf verteidigungspolitischem Gebiet. Die Wehrverfassung der BRD und die eingespielte politische Praxis räumen dem Parlament weitgehende Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse ein, die von der Feststellung des Verteidigungsfalles, der Entscheidung und Vollzugskontrolle auf dem Gebiet der Haushalts- und Beschaffungspolitik bis zu sozialen, ökonomischen und personellen Strukturfragen der Bundeswehr reichen. Entsprechend groß sind die Aufgaben der Mitglieder des Verteidigungsausschusses, was zu deren Überforderung führt, die durch Strukturmängel des parlamentarischen Systems, wie geringer Informationsfluß zwischen Exekutive und Legislative (S. 11), verstärkt wird. Den empirischen Teil der Untersuchung beginnt Heribert Schatz mit einer Analyse des Informationsgrades der Mitglieder des Verteidigungsausschusses sowie der Kontrollgruppe. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß die am besten informierten Abgeordneten in allen Parteien gleichzeitig Funktionsträger in Partei und Parlament (Parlamentarische Geschäftsführer, Mitglieder des Fraktionsvorstandes, Obleute von Arbeitskreisen) sind (S. 29). Weitere Angaben über Schulbildung, berufliche Herkunft und Werdegang, Alter und Dauer der Zugehörigkeit zum Bundestag bestätigen die besondere Rolle des Verteidigungsausschusses, in dem Beamte und Berufspolitiker überrepräsentiert sind.

Bei der Untersuchung des Funktionszusammenhanges der Organe des Bundestages unter besonderer Berücksichtigung des Kommunikationsmusters zwischen den Rollenträgern kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß ein starkes Informationsgefälle zwischen ihnen und den einfachen Abgeordneten herrscht, das durch die Spezialisierung

und schließlich die Bürokratisierung des Verteidigungsausschusses und der Arbeitskreise der Fraktion verstärkt wird.

Die Beziehungen zwischen dem Verteidigungsausschuß und den außerparlamentarischen Gremien (Exekutive und Verbände) ergeben ein enges Kommunikationsverhältnis zwischen den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses aus der Regierungskoalition und der Exekutive, die wiederum Adressat der Interessengruppen ist. Dem steht eine mangelhafte Institutionalisierung der Kontakte zwischen Exekutive und Opposition gegenüber.

In einer zusammenfassenden Gegenüberstellung der Funktion des Bundestages und seiner tatsächlichen Leistungen kommt Heribert Schatz zu der Feststellung, daß der 4. Deutsche Bundestag die Beratung der Grundlagen der deutschen Verteidigungspolitik, die Ausarbeitung von Initiativen, die Kontrolle der inneren Entwicklung der Bundeswehr, der Beschaffungs- und Haushaltspolitik des Verteidigungsministeriums und die Verbesserung der Kommunikation zwischen Bundeswehr, Bevölkerung und Bundestag zugunsten einer Formalisierung von Vollzugsentscheidungen vernachlässigt hat. Die SPD als parlamentarische Opposition ließ sich in einer Weise, die ihrer Funktion widersprach, in diesen Prozeß hineinziehen.

Die Studie von Heribert Schatz besticht durch den relativ strengen Modellcharakter des Bezugsrahmens, mit dessen Hilfe der verteidigungspolitische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß im 4. Deutschen Bundestag analysiert wurde. Die vorgelegten Ergebnisse über die Funktion des Verteidigungsausschusses im Parlament und im politischen System der BRD mit den darin angelegten Kommunikationsprozessen haben jedoch wegen der unvollständigen empirischen Befunde nur einen beschränkten Generalisierungsgrad und Aussagewert, wobei dieser Mangel weniger dem Verfasser als der »Interviewmüdigkeit« der Abgeordneten anzulasten ist. Kurt Schmitz

Wolfgang Steiner, SPD-Parteitage 1964 und 1966, Analyse und Vergleich (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 15), Verlag A. Hain, Meisenheim am Glan 1970, 92 S., kart., 11,30 DM.

Für Steiner sind Diskussions- und Kampfparteitage, auf denen die Delegierten an politischen Richtungsentscheidungen teilnehmen, mit dem Geschlossenheitsbedürfnis politischer Kampfverbände vereinbar und eine notwendige Voraussetzung für größere innerparteiliche Lebendigkeit auf der mittleren und unteren Organisationsebene.

Gemessen an diesem Parteitagsideal des Autors ist das empirische Material, das er zur Karlsruher (1964) und Dortmunder (1966) Tagung vorlegt, einigermaßen ernüchternd. Diskussion und Diskussionsklima wurden in »demokratie-widriger Weise« (der Rez.) weitgehend »von oben« beherrscht. Vom Verfasser gewählte Indikatoren zeigen jeweils nur einen geringen Entwicklungsstand innerparteilicher Demokratie.

Freilich ist das Bild, das der Verfasser ermittelt, nicht ganz so düster, wie es anhand seiner Indikatoren scheinen will. (a. Verhältnis: Anträge »von oben« – Anträge »von unten«; b. Zahl der vom PV abweichenden Anträge; c. Zahl der angenommenen Anträge »von unten«; d. Zahl der gegen den PV angenommenen Anträge und Anträge, die zu Kompromißformeln führen.) Entziehen sich doch diesen alle im Vorfeld eines Parteitags fallenden »Parteientscheidungen«, so daß potentielle und reale innerparteilich-demokratische Prozesse übersehen werden. (So etwa die präventive Berücksichtigung von Anträgen der unteren Gliederungen durch den PV.) Der ent-